



## DIE SCHWEREN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM IRAN, DIE ZUNAHME VON HINRICHTUNGEN UND DIE UNTERDRÜCKUNG DER DEMONSTRANTEN

**Maryam Rajavi begrüßt die Annahme der 56. Resolution durch verschiedene Organe der Vereinten Nationen, in der die Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt werden; sie ruft die Weltgemeinschaft zur Ausschluss des Mullah-Regimes auf**

Das UN-Menschenrechtskomitee nahm am vergangenen Freitag eine entschieden formulierte Resolution an, in der "die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen" im Iran verurteilt werden, darunter eine wachsende Zahl von Hinrichtungen, die Steinigung, Diskriminierung und brutale Unterdrückung von Frauen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten, das gewalttätige Vorgehen von Milizen des Regimes gegen Demonstranten, das zu zahllosen Todesfällen und Verletzungen führt, die Veranstaltung von Massenprozessen sowie die Erpressung von Geständnissen durch Folter und Vergewaltigung.

auf Seite 3



Sitzung des UN-Menschenrechtskomitees am 20. November 2009

**Das UN-Menschenrechtskomitee wendet sich wegen der seit den Wahlen anhaltenden Repression mit Schärfe gegen den Iran**  
Reuters - Freitag, den 20. November 2009

Maryam Rajavi, die Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Irans, einer Gruppe der iranischen Opposition erklärte, die Resolution repräsentiere die "weltweite Ächtung des im Iran herrschenden religiösen Faschismus"

auf Seite 2



**Die Vereinten Nationen prangern die Menschenrechtsverletzungen im Iran an**

Eine Sitzung der Vereinten Nationen prangte am vergangenen Freitag den Iran wegen der dortigen "anhaltenden schweren" Menschenrechtsverletzungen an, darunter des gewaltsamen Vorgehens gegen Demonstranten nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen des vergangenen Juni. (AFP/File)



**theguardian**

**Barack Obama: Auf den Iran kommen in den nächsten Wochen neue Nuklear-Sanktionen zu**

**Die Warnung des Präsidenten reagiert auf Teherans Nein zu einem Abkommen über die Wiederaufbereitung**

den 19. November 2009

Barack Obama hat auf eine weitere Eskalation, der durch die nuklearen Ambitionen des Iran bewirkten Krise, hingewiesen; man könnte sich "binnen weniger Wochen" über neue Sanktionen einigen. Obama nahm eine in Seoul, der Hauptstadt Südkoreas, gehaltene Rede zum Anlass der Mahnung; die Lektion, die man aus den Auseinandersetzungen mit dem benachbarten Nordkorea zu ziehen habe, bestehe darin, dass Teheran nur noch eine Frist verbleibe, innerhalb derer es den internationalen Forderungen zustimmen müsse, wenn es nicht - vom Präsidenten nicht näher bezeichnete - Konsequenzen auf sich ziehen wolle.

**THE CHRISTIAN SCIENCE MONITOR**

**Nuklear-Abkommen mit dem Iran gescheitert. Ist die Zeit für strenge Maßnahmen der USA gekommen?**

den 17. November 2009

Der Iran lehnte am Donnerstag ein von den Vereinten Nationen in Aussicht gestelltes Abkommen ab, wonach er seinen Vorrat an Uran ins Ausland schicken sollte. Die Obama-Administration steht nun unter dem Druck, ihre Ankündigung von "Konsequenzen" in die Tat umzusetzen.

Washington - Das Nein des Irans zu einem Abkommen mit den Großmächten über seinen Vorrat an angereichertem Uran spielt nun der Obama-Administration den schwarzen Peter zu. Washington muss jetzt die "Konsequenzen" erkennen lassen, die nach seiner Ankündigung aus dem iranischen "Nein" zu dem verhandelten Abkommen folgen würden

# VERURTEILT DIE SCHWEREN VERSTÖSSE GEGEN DIE MENSCHENRECHTE IM IRAN, DIE ZUNAHME VON HINRICHTUNGEN UND DIE GEGEN DEMONSTRANTEN GERICHTETEN REPRESSIONEN



## Presseerklärung

### DIE VEREINTEN NATIONEN HALTEN DEM IRAN SEINE SCHWEREN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN VOR

Robert Wood

Stellvertretender Sprecher des State Departments  
Washington, DC, den 20. November 2009

“Die Vereinigten Staaten begrüßen die heute von den Vereinten Nationen verabschiedete Resolution, in der die Regierung des Irans zu uneingeschränkter Einhaltung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen aufgefordert wird. Außer der schon lange anhaltenden Sorge über die Menschenrechtssituation im Iran äußert die Resolution tiefe Besorgnis über die Brutalität, mit der die iranischen Behörden auf die friedlichen Demonstrationen reagiert haben, in denen sich die durch die Wahl des 12. Juni hervorgerufene Unruhe Luft verschaffte. Die Resolution fordert die Regierung des Irans auf, Folter und Willkürhaft aufzugeben, ebenso wie die Hinrichtungen, darunter Steinigungen, die ohne ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren durchgeführt werden. Sie fordert außerdem den Iran auf, dem ‘Berichterstatte der Vereinten Nationen für Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Bestrafung’, dem ‘Berichterstatte für die Beförderung und den Schutz der Meinungsfreiheit’, dem ‘Berichterstatte für die Lage von Verteidigern der Menschenrechte’, der ‘Arbeitsgruppe zu willkürlicher Haft’ sowie der ‘Arbeitsgruppe zu erzwungenem, unfreiwilligem Verschwinden’ Zugang ins Land zu gewähren und ohne Einschränkung mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Diese Resolution zeigt die tiefe Sorge der Welt-Gemeinschaft über die erniedrigende Menschenrechtssituation im Iran und das Unfähigkeit der Regierung, den aus ihrer eigenen Verfassung und den international anerkannten Menschenrechten hervorgehenden Verpflichtungen nachzukommen. Alle Bürger des Irans, die versuchen, im Rahmen der universalen Rechte zu handeln, sollen wissen, daß die Welt ihr Handeln auch weiterhin wahrnimmt und ihre Stimmen gehört werden.”

### Der Senat der Vereinigten Staaten bringt eine Resolution ein, in der die Situation der Menschenrechte im Iran kritisiert und für seine Bürger eine Wiederherstellung der Grundrechte gefordert wird

den 20. November 2009



WASHINGTON - Nachdem er aus einer langen, erschreckenden Liste von Menschenrechtsverletzungen, begangen von der Islamischen Republik des Irans, vorgelesen hatte, brachte Senator Carl Levin, Mitglied der Demokratischen Partei aus Michigan, am vergangenen Abend den Entwurf einer Senats-Resolution ein, in der die Menschenrechtssituation des Landes kritisiert und eine sofortige Freilassung der zu Unrecht Inhaftierten sowie die Wiederherstellung der Menschenrechte für alle iranischen Bürger gefordert wird. Die Senatoren John McCain, Republikaner aus Arizona,

Robert Casey, Demokrat aus Pennsylvania, Lindsey Graham, Republikaner aus South Carolina, Bob Corker, Republikaner aus Tennessee, Joe Lieberman, Unabhängiger aus Connecticut und Bill Nelson, Republikaner aus Florida, schlossen sich Herrn Levin in der überparteilichen Befürwortung der Senats-Resolution an, die danach einstimmig vom Senat verabschiedet wurde.

“Mit dieser Resolution bezeugt der Senat, daß er die beklagenswerten Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt.”



### Ein UN-Menschenrechtskomitee brandmarkt den Iran wegen der nach der Wahl verschärften Repression

VEREINTE NATIONEN (Reuters) - Der Menschenrechtsausschuss der Vollversammlung der Vereinten Nationen verurteilte am Freitag den Iran wegen gewalttätigen Vorgehens gegen die Demonstrationen, die auf die von der iranischen Opposition als gefälscht bezeichnete Wahl reagierten.

Die Iran-Resolution “äußert tiefste Besorgnis über die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen”.

Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Irans, einer Gruppe iranischer Opposition, sagte, die Resolution stehe für die weltweite Verurteilung “des religiösen Faschismus, der den Iran beherrsche”.



### Die iranische Opposition begrüßt die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen im Iran

Samstag, den 21. November 2009

Die italienische Nachrichtenagentur ANSA berichtete am Freitag, die iranische Opposition habe eine Resolution des UN-Menschenrechtsausschusses, in der die Menschenrechtsverletzungen im Iran verurteilt werden, ausdrücklich begrüßt.

Der ANSA zufolge sagte Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Irans, die Resolution bestätige, daß die Menschenrechtsverletzungen seit dem Beginn der Massenproteste im Juni erschreckende Ausmaße angenommen hätten.

ANSA zitiert Frau Rajavi: “Das iranische Regime verdient in der Weltgemeinschaft keinen Platz; die Zeit für neue Sanktionen ist gekommen, nicht allein um der Menschenrechte im Iran willen, sondern auch angesichts der bedrohlichen Pläne des Regime, Atomwaffen zu bauen.”



Teheran - Fatemi-Straße, Juni 2009

Archiv-Foto

# VERURTEILT DIE SCHWEREN VERSTÖSSE GEGEN DIE MENSCHENRECHTE IM IRAN, DIE ZUNAHME VON HINRICHTUNGEN UND DIE GEGEN DEMONSTRANTEN GERICHTETEN REPRESSIONEN

MARYAM RAJAVI BEGRÜSST DIE ANNAHME DER 56. RESOLUTION DURCH VERSCHIEDENE ORGANE DER VEREINTEN NATIONEN, IN DER DIE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM IRAN VERURTEILT WERDEN; SIE FORDERT DIE WELTGEMEINSCHAFT ZUM AUSSCHLUSS DES MULLAH-REGIMES AUF



*Es ist Zeit für die Weltgemeinschaft, dem Regime umfassende Sanktionen wegen seiner Menschenrechtsverletzungen aufzuerlegen und seinen ominösen Anstrengungen zum Erwerb von Atomwaffen. Wer solche Sanktionen willentlich oder unwillentlich verzögert oder verhindert, gefährdet den Frieden der Region sowie den Weltfrieden und unterstützt das Regime bei dem Massaker und bei der Unterdrückung des iranischen Volkes.*

von Seite 1 →

Seit Monaten hat das klerikale Regime in Teheran und in verschiedenen Hauptstädten sowie in Genf und New York versucht, die Annahme einer solchen Resolution zu verhindern. Um sein Ziel zu erreichen, handelte es direkt oder über andere Feinde der Menschenrechte und griff zu Drohungen und Bestechung.

Frau Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Irans, begrüßte die Annahme der Resolution; sie interpretierte die Resolution als Zeichen eines gegen den im Iran herrschenden religiösen Faschismus gerichteten Consensus der Weltgemeinschaft. Sie sagte, obwohl diese Resolution sich nur mit einem Teil der Verbrechen des Regimes befasse, unterstreiche sie doch die Tatsache, daß die Menschenrechtsverletzungen im vergangenen Jahr und vor allem seit dem Beginn des Aufstands im Juni erschreckende Ausmaße angenommen haben.

Sie fügte hinzu, nach dieser Resolution büßten die Verbindungen und Verhandlungen mit dem Regime ihre Legitimität noch stärker ein, zumal Millionen von Iranern sich zum Protest gegen die religiöse Diktatur erhoben hätten.

Die Fortsetzung und Erweiterung der Beziehungen zum iranischen Regime sollten abhängig gemacht werden von einer völligen Einstellung der Hinrichtungen, der Folter und der Repression, und von umfassender Verbesserung der Menschenrechtssituation im Iran. Dieses Regime, so fügte sie hinzu, ist es nicht wert, ein Mitglied der Völkergemeinschaft zu sein und muss ausgeschlossen werden.

Der Erwerb eines Arsenal von Atomwaffen wäre für das Regime ebenso ein Mittel, sich an der Macht zu halten wie die brutale Repression in Lande, sagte sie. Daher können weder Verhandlungen noch Zugeständnisse das Regime von seiner Absicht abbringen, Atomwaffen zu erwerben.

Frau Rajavi betonte, es sei Zeit für die internationale Gemeinschaft, dem Regime wegen seiner Menschenrechtsverletzungen und seiner ominösen Anstrengungen zum Erwerb zum Atomwaffen umfassende Sanktionen aufzuerlegen. "Jene, die, willentlich oder unwillentlich, die Sanktionen verzögern oder verhindern, gefährden den Frieden der Region und den Weltfrieden und unterstützen das Regime beim Massaker und bei der Unterdrückung des iranischen Volkes."

Die jüngste Resolution der Vereinten Nationen äußert tiefste Besorgnis über "die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik des Irans", darunter "Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung und Bestrafung, wie Auspeitschungen und Amputationen", die zunehmende Anzahl von Hinrichtungen ... darunter öffentliche Exekutionen und solche von Jugendlichen", "Steinigung", "gewalttätige Unterdrückung und Verurteilung von Frauen ... und anhaltende

Diskriminierung von Frauen und Mädchen," "zunehmende Diskriminierung und andere Menschenrechtsverletzungen gegen Personen, die religiösen, ethnischen, sprachlichen oder sonstigen Minderheiten angehören", "anhaltende schwere Verstöße gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Verstöße, die sich gegen die Medien ebenso richten wie gegen Internet-Benutzer und Gewerkschaften", ferner "zunehmende Einschüchterung ... von Angehörigen der politischen Opposition und Verteidigern der Menschenrechte ... Verhaftung und willkürliche Unterdrückung von Gewerkschaftsführern ... und Studenten."

Mit Bezug auf den Aufstand des gesamten iranischen Volkes äußert sich die Resolution besorgt über die "Einschüchterung und Verfolgung, darunter willkürliche Verhaftung und Verschwinden" von Demonstranten, "Gewalttätigkeit und Einschüchterung seitens der Milizen der Regierung" "die zu zahlreichen Todesfällen und Verletzungen führen", "das Abhalten von Schauprozessen" und "den Gebrauch erpresster Geständnisse und die Misshandlung von Gefangenen, darunter Vergewaltigung und Folter." Die Resolution äußert auch ihre Sorge darüber, dass den Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen schon seit vier Jahren Zutritt zum Land verweigert wird; sie fordert die "Sonderberichterstatter" der Vereinten Nationen, insbesondere den "Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen", den "Sonderberichterstatter für die Förderung und den Schutz der Meinungsfreiheit", den "Sondervertreter des Generalsekretärs für Verteidiger der Menschenrechte" sowie die Arbeitsgruppen über "Willkürlichkeit" und "Erzwungenes, unfreiwilliges Verschwinden" auf, über die Menschenrechtsverletzungen, die sich seit dem 12. Juni 2009 ereignet haben, zu berichten



Zehntausende Iraner nehmen an einer Großversammlung in der Karimkhan-Zand-Straße in Teheran im Juni 2009 teil (AFP/ Nachrichtenagentur MEHR - Archivbild)

# VOLKSAUFSTAND

## IM IRAN

Die Mitglieder und Sympathisanten der Opposition werden zum Tode verurteilt werden, sagt der Generalstaatsanwalt des iranischen Regimes

den 20. November 2009 NCRI - Mohseni-Ejei, der Generalstaatsanwalt des iranischen Regimes, sagte in einem Interview zur Rechtfertigung grausamer Todesurteile, das von der Justizverwaltung der Mullahs einer Reihe von nach Demonstrationen Verhafteten:

Die Strafe "für jene, die mit konterrevolutionären Gruppen verbunden sind, wird, wenn deren Führung intakt ist, wie im Gesetz vorgesehen, der Tod sein; das gilt auch für ihre Sympathisanten, auch wenn sie nicht zu dem militärischen Flügel gehören."

Er fügte hinzu: "Im angemessenen Verhältnis zu ihren Verbrechen ... zieht die Justizverwaltung die Höchststrafe in Betracht."

Offen bekennt sich der Generalstaatsanwalt der Mullahs zum Todesurteil gegen alle Mitglieder und Sympathisanten oppositioneller Gruppen, besonders der "Organisation der Volksmujahedin des Iran (PMOI/MEK)"; er enthüllt damit den inhumanen Charakter des den Iran beherrschenden klerikalen Regimes, das keine Regeln, kein Gesetz kennt,

wenn es sich um die Vernichtung seiner Gegner handelt. Die Aufgabe der Korrupten Gerichte des Regimes besteht in nichts anderem, als diese vorgefertigten Urteile nach unten weiterzugeben.

## AUFNAHME EINES FUNKGESPRÄCHES DES STELLVERTRETENDEN KOMMANDEURS DER REVOLUTIONÄREN GARDE (IRGC), DER DIE UNTERDRÜCKUNG VON DEMONSTRANTEN ANORDNET - ENTHÜLLT VON DER PMOI

Dienstag, den 17. November 2009

NCRI - Das soziale Hauptquartier der inländischen "Organisation der Volksmujahedin des Iran (PMOI/MEK)" enthüllte Teile eines Funkgesprächs mit Ahmadrza Radan, dem stellvertretenden Kommandeur der "Staatlichen Sicherheitskräfte (SSF)"; die Aufnahme stammt aus der Zeit der brutalen und blutigen Unterdrückung des Aufstands am 20. Juni.

Das Tonband, das den internationalen Menschenrechtsorganisationen ausgehändigt wurde, enthält die Befehle, die Radan zur Unterdrückung und Ermordung von Demonstrationen erteilt hat. Man hört seine Stimme, wie sie im Funk ertönte: "Ein gebrochenes Bein ist eine gute Tat," "Schlagt diese ausländischen Agenten, umzingelt sie auf dem Asr-Engelab-Platz und treibt sie nach Norden, wo unsere Brüder von den Bassij-Milizen sie erwarten."

In Reaktion auf ihm erstatteten Bericht sagte er: "Schnell, schnell, schlägt und zerschmettert sie, schickt sie nach Kahrizak (dem wegen seiner Brutalität berühmten Gefängnis), ich werde mich später um alles kümmern." Er fährt fort: "Hört zu, da sind 7, 8 oder 10 alte Weiber. Schlagt auch sie auf! ... Macht schnell klar Schiff und bringt die Dinge unter Kontrolle!"

Die Person, die in diesem Funkgespräch mit Radan sprach, war Oberst Khanjaly von den Revolutionsgarden, der Operative Kommandeur der Staatlichen Sicherheitskräfte von Groß-Teheran, zugleich Mitglied des "Rates zur Verstärkung der Sicherheit" in Teheran,



Teheran - Fatemi-Straße, Juni 2009, Archivbi-Bild



Tehran, Juni 2009 AFP-Archiv-Bild

bekannt als "Ta'amin-Rat".

Radan ist einer der grausamsten Kommandeure des Mullah-Regimes. Nach seiner repressiven Handlungsweise im Kommando der Sicherheitskräfte in den Provinzen Sistan, Baluchistan und Khorasan, nach seiner Planung und Durchführung einer Operation namens "Soziale Sicherheit" wurde er rasch auf höhere Posten des klerikalen Regimes befördert. Er war auch Kommandant des Kahrizak-Gefängnisses. Er beteiligt sich persönlich an der Folter und Ermordung von Häftlingen. Er hat Dutzende junger Leute zu Tode gefoltert, die als "Killer und Hooligans" verhaftet worden waren. Während des Aufstands der vergangenen Monate wurden noch viel mehr junge Leute und Studenten in der Haft durch äußerst barbarische Folter von ihm umgebracht. Einem Arzt, der sich in Haft befand, zufolge sagte er offen zu den Häftlingen: "Vergeßt Auschwitz, Abu Ghraib und Guantanamo. Hier ist Nummer Eins der Welt. Hier ist euer Ende, hier ist euer Grab."

## Eine Frau und drei Männer in Isfahan bzw. Bojnourd gehängt

Donnerstag, den 19. November 2009

NCRI - Ein 23 Jahre alter Mann wurde am Mittwoch in einem Gefängnis der Stadt Bojnourd (im Nordosten des Iran) erhängt, so berichtet die staatliche Nachrichtenagentur ISNA am 18. November 2009. Drei weitere, identifiziert als Vahid Sh., Rasoul T. und Beygom P. - darunter ist eine Frau - wurden an demselben Tag im Zentralgefängnis von Isfahan erhängt.

Die zunehmenden schändlichen Hinrichtungen werden vom Regime als Mittel eingesetzt, um den eskalierenden Protesten des Volkes gegen das Regime zu begegnen und das Volk, besonders die Jugend, die sich in verschiedenen Städten des Iran erhoben haben, einzuschüchtern.

Der Iranische Widerstand ruft alle Menschenrechtsorganisationen, besonders den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für die Menschenrechte und den Berichterstatter der Vereinten Nationen für Hinrichtungen auf, umgehend Maßnahmen zur Beendigung der Hinrichtungen im Iran zu ergreifen.

